



Herrn Ministerpräsident
 Winfried Kretschmann
 Richard-Wagner-Straße 15
 70184 Stuttgart

vorab per Mail: pressestelle@stm.bwl.de

14.10.2020

Gemeinsamer offener Brief an Ministerpräsident Winfried Kretschmann

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann,

nach den letzten aktuellen Veröffentlichungen von schwersten Verstößen gegen das Tierschutzgesetz in Baden-Württemberg wenden wir uns an Sie, als einzigen grünen Ministerpräsidenten und bitten Sie, sich für eine sofortige Beendigung der bestehenden Missstände einzusetzen!

Die skandalösen Tierquälereien im Schlachthof Gärtringen und zuletzt die Aufdeckung von fortlaufenden Verstößen gegen das bestehende Tierschutzgesetz in einem landwirtschaftlichen Betrieb in Rottweil, dessen Besitzer sich in der Vergangenheit in trauer Einigkeit mit Frau Ministerin Klöckner und Herrn Minister Hauk der Öffentlichkeit präsentierte, sind leider keine Einzelfälle.

Obwohl andere Bundesländer die Abfertigung von Tiertransporten in Drittländer ausgesetzt haben, werden vom baden-württembergischen Bad Waldsee aus nach wie vor wenige Tage alte Kälber auf Transporte nach Spanien verladen (in dafür nicht geeigneten LKW), von wo aus sie dann nach der Mast in Drittländer (Tunesien, Algerien, Marokko, usw.) weitertransportiert und dort unter unsäglichen, tierschutzwidrigen Bedingungen entladen und geschlachtet (geschächtet) werden.

Auch qualvolle Tierversuche an nichtmenschlichen Primaten am Tübinger „Max-Plank-Institut für biologische Kybernetik“ mussten von NGOs aufgedeckt werden und wurden nicht von einer grüngeführten Landesregierung aufgeklärt. Und immer noch finden in Tübingen an anderen Instituten Tierversuche an Primaten statt.

Wir ersuchen Sie, als Ministerpräsidenten, den zuständigen Regierungspräsidien im Lande aufzutragen, den Erlass aus 2013 umzusetzen und endlich alle beratenden § 15 Tierversuchskommissionen paritätisch zu gleichen Teilen mit Vertretern aus der Wissenschaft und von Tierschutzorganisationen zu besetzen.

Da die deutschen Tierversuchsregelungen vor dem Hintergrund des EU-Vertragsverletzungsverfahrens geändert werden müssen, erwarten die Bürgerinnen und Bürger von einer grüngeführten Landesregierung zudem, dass diese nun ihren Einfluss in Berlin geltend macht, damit Tierschutz, auch im Bereich Tierversuche, nicht bloßes Lippenbekenntnis bleibt.

Und obwohl NGOs aufklären und die Medien berichten, werden unter Ihrer Präsidenschaft tierschutzrechtliche Vorgaben nicht nur nicht umgesetzt, sondern es wird häufig ganz bewusst dagegen verstoßen. Tierschutz wird nicht als Verpflichtung gesehen, sondern als Kostenfaktor.

Das Geschäftsmodell "Tierausbeutung", hier insbesondere das Gebaren der industrialisierten Landwirtschaft, der mächtigen Viehzuchtverbände und der Lobbyisten der industriellen Landwirtschaft, haben zur Folge, dass in bisher nie gekanntem Ausmaß intelligente und empfindsame Mitgeschöpfe als "Ware" produziert und behandelt werden. Das beinhaltet ethisch und moralisch verwerfliche Aufzuchtpraktiken und qualvolle Transport- und Schlachtbedingungen.

Dass auch Baden-Württemberg unter einem grünen Ministerpräsidenten keine Ausnahme bildet, sondern mit erschreckenden Paradebeispielen in die agrarindustrielle tierausbeutende Liga verstrickt ist, stellt die ernsthaften Bemühungen der Partei "Die Grünen" um eine Änderung der bisherigen Zustände in Frage.

Das Festhalten an der Position eines Ministers Hauk vom Koalitionspartner CDU führt uns das nur allzu deutlich vor Augen.

Wir werden entsprechende Aufklärung und Forderungen in den Medien propagieren, dazu gehört die Abschaffung aller „Nutz“tiertransporte in Drittländer, langfristige Maßnahmen zum Abbau der Überproduktion der "Nutz"tiere, (ein Tier kann niemals Ware sein) sowie glaubhafte Anstrengungen, auch gegenüber dem BMEL, das vorhandene Tierschutzgesetz in allen Bereichen umzusetzen, denn bisher ist es nicht das Papier wert, auf dem es geschrieben ist.

Eine Wiederwahl der Partei "Die Grünen" wird ganz sicherlich davon abhängen, inwieweit Sie sich als Ministerpräsident von Baden-Württemberg in Zukunft glaubhaft für die geschundenen "Nutz"tiere einsetzen. **Dazu gehört die Entbindung des Herrn Hauk von seinen Ministerpflichten genauso wie die sofortige Beendigung der Langstrecken-Transporte aller nicht abgesetzter Jungtiere und durch Erlasse dafür zu sorgen, dass die zuständigen Behörden ihren vielfältigen Aufgaben nachkommen können (ausreichende Kontrollen von Mastbetrieben).**

In diesem Zusammenhang verweisen wir ausdrücklich auf die Empfehlungen des Deutschen Ethikrates, der die Massentierhaltung und den Umgang mit den sogenannten „Nutz“tieren scharf kritisiert und hier deutlich für eine Änderung unseres Verhaltens plädiert.

Mit freundlichen Grüßen
im Namen aller zeichnenden Organisationen:

Aktion Kirche und Tiere e. V.
Ärzte gegen Massentierhaltung n.e.V.
Bürgerinitiative LAHSTEDT-ILSEDE für TIER, MENSCH und UMWELT
Contra Industrieghuhn Wedemark e.V.
Deutsche Tier-Lobby e.V.
Erna-Graff-Stiftung für Tierschutz
Förderverein des Peter-Singer-Preises für Strategien zur Tierleidminderung e.V.
Menschen für Tierrechte Nürnberg e.V.
mensch fair tier
Dr. Norbert Alzmann

Ostfriesen gegen Tierleid
PETA Deutschland e.V.
PROVIEH e.V.
Robbenzentrum Föhr
TASSO e.V.
Tierärzte für Tiere
Tierärzte für verantwortbare Landwirtschaft e.V.
Tierhuus Insel Föhr e.V.
Verein für Tierrechte e.V.